



Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft



Pressemitteilung

München, 01. Februar 2008
PM-007-08
Gentechnik

Übergabe von 33.000 Protestunterschriften an die CSU **Bayerische Bürgerinnen und Bürger wollen keine Agrogentechnik – Bündnis fordert Stopp des Genmais-Anbaus**

Neues Gentechnikgesetz bietet keinen sicheren Schutz für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Das Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft wird seinen Einsatz für ein gentechnikfreies Bayern nach der Verabschiedung des Gentechnikgesetzes verstärkt fortsetzen. Mit der Übergabe von 33.000 Unterschriften an die CSU Generalsekretärin Christine Haderthauer wurde der Wunsch der bayerischen Bevölkerung für ein gentechnikfreies Bayern unterstrichen. Aufgrund von neu aufgedeckten Risiken hat Frankreich den Anbau des Genmais MON 810 vor kurzem gestoppt. Das Bündnis fordert deshalb Bundesminister Seehofer auf, sich am Beispiel von Frankreich, oder an Österreich, Ungarn, und Griechenland, zu orientieren, die MON 810 ebenfalls verboten haben. Die Zulassung dieser Maislinie muss zurückgenommen werden, zumal der Schädling Maiszünsler sehr gut mit alternativen, risikolosen Verfahren zu beherrschen ist. Zugleich appellierten die Bündnisvertreter an die CSU, Bundesagrarminister Seehofer zu einem Anbaustopp zu drängen.

(München, 01. Februar 2008) Das Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft startete heute mit der Übergabe von 33.000 Unterschriften an die CSU Generalsekretärin seine Aktionen zur Sicherung des gentechnikfreien Anbaus in Bayern. Die Unterschriften, wie auch viele Umfragen, bestätigen immer wieder, dass die bayerische Bevölkerung ein gentechnikfreies Bayern haben will. Das neue Gentechnikgesetz kann diesen Wunsch jedoch nicht gewährleisten. Insbesondere die willkürliche Festlegung der Abstände von Genmaisbauplächen mit 150m zu konventionellen und 300m zu ökologischen Anbauplächen ist ein Einfallstor für gentechnische Verunreinigungen. Frankreich hat den Anbau des Genmais MON 810 inzwischen ausgesetzt, nachdem neuere Untersuchungen den Pollenflug des Genmais über mehr als einen Kilometer nachgewiesen haben. Der französische Staatspräsident Sarkozy selbst veranlasste diese Maßnahme. Die unkalkulierbaren Risiken des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen müssen mit einem sofort wirksamen Schutz der gentechnikfreien Natur- und Landwirtschaft beantwortet werden. Das Bündnis fordert deshalb Abstandsregelungen von mindestens 1000 Metern,

sowie die strikte Anwendung des Verursacherprinzips für alle anfallenden Schäden und Zusatzkosten der gentechnikfreien Produktion.

Im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sind derzeit 123 Hektar für den Anbau des Gentech-Maises in der Saison 2008 in Bayern angemeldet. Der geplante Anbau konzentriert sich auf den Landkreis Kitzingen, wo auch weitere Gentech-Maislinien für Freisetzungsversuche wachsen sollen

Widerstand in den Regionen wächst

Lokale Gruppen organisieren vor Ort in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Bayern Aufklärung zu den Risiken des Anbaus sowie friedliche Demonstrationen und Gottesdienste. So ist für Sonntag, den 24. Februar ab 14.00 Uhr eine Schlepper-Demonstration und Ökumenischer Gottesdienst im Landkreis Kitzingen geplant. Im Landkreis Pfaffenhofen, wo auf staatlichen Versuchsflächen gentechnisch veränderter Mais und Gentech-Kartoffeln wachsen sollen, ist für Mitte April eine Kundgebung geplant. Im Herbst wird sich der Widerstand dann mit einer politischen Großkundgebung auf München konzentrieren. Nach dem die öffentliche Bekanntgabe der Gentechnik-Anbaustandorte auch nach dem neuen Gesetz weiterhin erfolgen muss, sieht das Bündnis gute Chancen, über Aufklärung Einsicht bei Bewirtschaftern und Verpächtern der landwirtschaftlichen Flächen bezüglich der ungeklärten Risiken zu wecken, und damit den Anbau in Bayern weiterhin gering zu halten, wie dies auch im vergangenen Jahr der Fall war. Ohnehin seien bei den jetzt in Bayern gemeldeten Flächen Standorte dabei, die sich für den Maisanbau in 2008 gar nicht eignen, weil dort z.B. Winterweizen angebaut wird. Im Landkreis Würzburg hat ein Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen bereits erreicht, dass sein Pächter von der geplanten Ausbringung des Gentech-Maises angeblich wieder Abstand nimmt. Es handelt sich dabei um die Flächen in der Gemarkung Randersacker.

Die lokalen Aktivitäten zeigen, dass die Agro-Gentechnik in allen Regionen Bayerns von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Die Politik ist deshalb gefordert diese Ablehnung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Für Rückfragen:

Harald Ulmer
Geschäftsführer
Landesvereinigung für den ökologischen Landbau (LVÖ)
Emil-Riedel-Straße 18, 80538 München
Tel (089) 210 209 98, Fax (089) 210 216 22
Email: info@lvoe.de

Marion Ruppenner
Agrarreferentin
Bauernfeindstr. 23, 90471 Nürnberg
Fon 0911/81 87 80 oder Fax 0911/86 95 68
Email: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

www.buendnis-bayern-gentechnikfrei